

„Bürgerwille muss beim Netzausbau respektiert werden“

380-kV-Trasse: Angelika Brunkhorst fordert unabhängige Vergleichsstudie zu Optionen Freileitung und Erdkabel

WOHLDE/BERLIN (eb/boh) ■ „Das Höchstspannungsnetz in Deutschland muss ausgebaut werden. Beim unvermeidbaren Netzausbau muss auch der Bürgerwille nach Erdkabeln respektiert werden“, fordert die FDP-Bundestagsabgeordnete Angelika Brunkhorst aus Wohlde – vor dem Hintergrund der Diskussion in der Samtgemeinde Harpstedt über die von der E.ON Netz GmbH beantragte 380-kV-Leitung Ganderkesee–St. Hülfe.

Dort, wo die Bürger schon eine Vielzahl von Windparks hinzunehmen hätten, könne nicht auch noch das Landschaftsbild durch Höchstspannungstrassen zerstört

werden. Die Abgeordnete verweist auf die Expertenanhörung vom 12. Januar im Harpstedter Koerns-Saal: Dabei waren die deutlich geringeren Leitungsverluste der „unterirdischen“ Variante gegenüber der Option Freileitung zur Sprache gekommen. Und: Die in der Veranstaltung von der Firma Siemens genannten – deutlich höheren – Mehrkosten für ein innovatives Erdkabelsystem „bezogen sich auf die reinen Baukosten“, betont Brunkhorst. Erforderlich sei nun eine „unabhängige Studie zum gesamtwirtschaftlichen Vergleich von Freileitungstrassen zur Erdkabelverlegung“. Überdies dürfe

die Forschung zu Energieübertragungssystemen (wie gasisolierten Übertragungsleitungen) „nicht verkümmern“.

Nach der „geplatzten“ dena-Studie, die auch Aufschluss über die künftig zusätzlich benötigten Netzkapazitäten geben sollte, ist ein Zwist darüber entbrannt, ob die erarbeiteten Ergebnisse veröffentlicht werden sollten – und, wenn ja, in welcher Form (die Projektsteuerungsgruppe hatte sich – wie berichtet – nicht auf eine gemeinsame Fassung einigen können). Diese Auseinandersetzung sei, so Angelika Brunkhorst, „in Wirklichkeit ein Streit über die Energiepo-

litik der Bundesregierung“. Bundesumweltminister Jürgen Trittin habe einen Ausbau der erneuerbaren Energien „um jeden Preis“ gewollt, die Bundesregierung diese Pläne jedoch „zu keinem Zeitpunkt“ in ein nationales – geschweige denn europäisches – Energiekonzept einzubinden versucht, kritisiert die FDP-Bundestagsabgeordnete. Die Ergebnisse der Untersuchung dürften weder von der Bundesregierung noch von Netzbetreibern oder Windkraftinvestoren schöngeredet werden.

Die FDP-Bundestagsfraktion wartet noch auf die Antwort auf eine „Kleine Anfrage“: Die Bundesregierung

soll unter anderem ihre Beurteilung von Forschungsergebnissen zu neuen Technologien wie gasisolierten Übertragungsleitungen darlegen – ebenso auch Schlussfolgerungen, die sie aus der dena-Studie zieht.

„Eine künftige Integration von auf See gewonnenem elektrischen Strom aus Windkraftanlagen in eine Gesamtversorgungsstrategie für Deutschland bedingt zugleich die Erweiterung von Stromübertragungsnetzen unter Anwendung fortschrittlicher Übertragungstechnologien“, meinen die Liberalen, die „widersprüchliche Aussagen“ Jürgen Trittins zu diesem Thema monieren.